

Schmahl, Hans-Jürgen

**Article — Digitized Version**  
**Schädliche Konfusion**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Schmahl, Hans-Jürgen (1992) : Schädliche Konfusion, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 9, pp. 442-443

This Version is available at:  
<https://hdl.handle.net/10419/136915>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Schädliche Konfusion



Hans-Jürgen Schmahl

Eine Flut von Vorschlägen, wie der Staat zu mehr Geld kommen kann, ergießt sich von Bonn aus über das Land. Zuerst waren es Ökosteuern, Autobahngebühr und – dies allerdings nicht von der Bundesregierung zu vertreten – Lastenausgleich, neuerdings Zwangsanleihe, steuerfreie Niedrigzinsanleihe, stärker als bisher vorgesehene Anhebung der Mehrwertsteuer und – wieder hervorgeholt – Ergänzungsabgabe für „Besserverdienende“. Größtlichst wird gegen den Grundsatz verstoßen, daß Wirtschaftspolitik vorhersehbar sein und mit ruhiger Hand geführt werden muß, soll sie Vertrauen erwecken und für die Wirtschaftsentwicklung nicht abträglich sein. In der gegenwärtig ohnehin labilen Konjunkturlage ist das Trommelfeuer der Abgabenvorschläge das letzte, was wir brauchen können. Sind alle Lehren der Vergangenheit vergessen?

Die Konfusion in Bonn ist um so bedauerlicher, als die jüngste Serie von Vorschlägen mit einer Idee im Zusammenhang steht, die durchaus ernsthafte Prüfung verdient. Es geht um einen „Solidarpakt“ von Bund, Ländern, Gemeinden und Tarifparteien mit dem Ziel, die Bedingungen für die Bewältigung der Einigungsfolgen nachhaltig zu verbessern. Erreicht werden soll einmal, daß nicht nur der Bund, sondern auch die Länder und Gemeinden ihre Ausgaben in den nächsten Jahren nur wenig ausweiten, um so trotz wohl noch zunehmender Transferzahlungen nach Ostdeutschland das Staatsdefizit zu reduzieren – und das möglichst ohne weitere Abgabenerhöhungen. Zum anderen hofft man, daß sich die Gewerkschaften künftig mit mäßigeren Lohnerhöhungen zufrieden geben. Vor allem soll das bisher viel zu große Tempo der Angleichung der ostdeutschen Löhne an das westdeutsche Niveau verringert werden. Als „Kaufpreis“ dafür sollte wohl die Erhebung einer Zwangsanleihe von Beziehern höherer Einkommen angeboten werden.

Schon das Unvermögen, der Öffentlichkeit diese Zusammenhänge deutlich zu machen, war eine Fehlleistung der Initiatoren. Die dann folgenden Vorschläge für Alternativen zur Zwangsanleihe verschlimmerten die Dinge, und am Ende mußte der Eindruck entstehen, in Bonn wisse man nicht mehr ein noch aus, ginge es nur noch darum, irgendwie mehr Geld in die Kasse zu bekommen. Erklärungen des Bundesfinanzministers, man brauche gegenwärtig eigentlich gar nicht mehr Geld, sondern erst 1995 – wenn der Länderfinanzausgleich neu geordnet werden muß und zugleich die Schulden der Treuhandanstalt und des Kreditabwicklungsfonds von voraussichtlich mindestens 350 Mrd. DM „abfinanziert“ werden müssen –, haben an der Verunsicherung der Bürger und der Wirtschaft sicherlich nichts geändert.

Die Idee eines Solidarpakts ist nicht neu, aber immer noch verfolgenswert. Unverzichtbar ist die Mitwirkung der Tarifparteien. Es wäre eine enorme Erleichterung für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der ostdeutschen Wirtschaft, wenn die finanzielle „Auszehrung“ der Unternehmen durch stark steigende Lohnkosten beendet würde. Das Vorgehen bei der Luftansa zeigt, daß die negative Korrelation zwischen Lohnkosten und Zahl der Arbeitsplätze von den Gewerkschaften durchaus gesehen wird. Ein entsprechender Ansatzpunkt in Ostdeutschland bietet sich an. Dazu wird auch die Revision von Tarifverträgen gehören, die voreilig – wie doch wohl alle Beteiligten aus heutiger Sicht anerkennen müssen – künftige Anpassungsschritte festgeschrieben. Ein weiterer erheblicher Verlust an Arbeitsplätzen (bestehenden und gar nicht erst entstehenden) ist zu erwarten, wenn sie in die Tat umgesetzt werden. Dies zu verhindern, gebietet die Verantwortung der Tarifparteien für die Arbeitnehmer in Ostdeutschland. Bei einer lang-

sameren Anpassung an das westliche Niveau droht auch keineswegs eine Massenwanderung von Ost- nach Westdeutschland. Dagegen sprechen die bisherigen Erfahrungen, die hohen Mieten und die Knappheit an Wohnungen in Westdeutschland und die nun auch hier steigende Arbeitslosigkeit.

Bei allen Gebietskörperschaften im Westen ist äußerste Zurückhaltung auf der Ausgabenseite erforderlich. Strenge Maßstäbe sind aber auch bei den Ausgaben in Ostdeutschland anzulegen. Nicht alle von dort kommenden Wünsche können und müssen erfüllt werden. Der Bund hat sich mit dem Haushalt 1993 und der Finanzplanung bis 1996 sehr ehrgeizige Sparziele gesetzt. Will er sie einhalten, muß die Resistenz gegen neue Ausgabenwünsche und die Fähigkeit zur Durchsetzung von Kürzungen bestehender Ausgabenansätze erheblich größer werden als bisher. Länder und Gemeinden sollen mit dem Solidarpakt nun ebenfalls in die Pflicht genommen werden. Ausgabenzurückhaltung ist zwar das Gegenteil dessen, was das Handeln von Politikern normalerweise bestimmt. Aber gegenwärtig haben wir keine Normalität, und daher kann das gewissermaßen achselzuckende „Einsparungen sind nicht möglich“ nicht mehr hingenommen werden. Erforderlich sind zweifellos unpopuläre Entscheidungen, das aber heißt „große Koalitionen“ zumindest in der Form eines auf begrenzte Ziele gerichteten Zusammengehens wie in einem Pakt der beabsichtigten Art. Käme der zustande, hätte übrigens auch die Bundesbank Spielraum für eine deutliche Lockerung ihrer Politik. Dazu braucht man sie gar nicht mehr in den Pakt einzubeziehen.

Ausgabenzurückhaltung muß unbedingt Priorität vor „Einnahmeverbesserungen“ (auch ein kaschierender Begriff) haben. Das gilt schon aus taktischen Gründen. Je schneller man mit Abgabenerhöhungen oder neuen Abgaben bei der Hand ist, desto aussichtsloser wird die Abwehr von Ausgabenwünschen. Letztlich viel wichtiger ist aber, daß eine steigende Abgabenlast künftige Wachstumschancen verringert. Allerdings kommt es bei der Ausgabenzurückhaltung auf das „Wie“ an. Es darf nicht an der falschen Stelle gespart werden. Die Neigung dazu ist aber erfahrungsgemäß groß; meistens ist der Widerstand bei der Kürzung von öffentlichen Investitionsausgaben am geringsten.

Immer geht es darum, Investitionen und damit künftige Arbeitsplätze, aber auch Wachstumsgewinne in Form von steigenden Staatseinnahmen zu sichern. Sollte es trotz energischer Bemühungen um Ausgabenbegrenzung erforderlich werden, die Einnahmen des Staates nachhaltig zu erhöhen, muß die Schonung der Investitionsfähigkeit ein maßgebliches Kriterium bei der Wahl der Instrumente sein. Darüber hinaus wäre das Erfordernis der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen. Anleihen jeglicher Form haben diese Eigenschaft nicht, weder die sogenannte Zwangsanleihe (mit hohen Zinsverlusten für die Zeichner verbunden) noch eine steuerfreie Niedrigzinsanleihe, bei der der Staat im übrigen an Steuern einbüßt, was er an Zinsen spart. Braucht er nachhaltig mehr Einnahmen, führt kein Weg daran vorbei, Steuern zu erhöhen und das auch so zu nennen.

Will man die Investitionstätigkeit nicht durch zusätzliche Abgaben beeinträchtigen, muß die Besteuerung auf die Konsumausgaben zielen. Dazu bieten sich die „großen“ speziellen Verbrauchsteuern (Mineralöl-, Tabak- und Branntweinsteuer) sowie die Mehrwertsteuer an. Allerdings ist nie genau vorhersehbar, wo neue Belastungen im Überwälzungsprozeß schließlich bleiben. Gerade die jüngste Erfahrung zeigt, daß damit ein gefährlicher Verteilungskampf ausgelöst werden kann. Die Arbeitnehmer versuchten durch entsprechend hohe Lohnforderungen wiederzuholen, was der Staat an sich gezogen hatte. Es gibt also in unserer Gesellschaft gegenwärtig keinen Konsens darüber, daß von der Volksvertretung beschlossene Belastungen zu akzeptieren sind. Auch die Herstellung dieses Konsenses wäre vielleicht in einem Solidarpakt erreichbar.

Die ökonomisch schlechteste Lösung ist immer die Höherbelastung der Einkommen. Durch unterschiedliche Behandlungen der Einkommen von „geborenen Investoren“ (Unternehmen und Unternehmern) einerseits und Nichtinvestoren andererseits, wie sie in den jüngsten Plänen der Bundesregierung zur Reform der Unternehmensbesteuerung vorgenommen wird, können die negativen Folgen für Investitionen und Wirtschaftswachstum zwar verringert werden. Aber es sollte nicht vergessen werden, daß auch „bloße“ Ersparnisbildung eine wichtige Voraussetzung für die Investitionen in der Volkswirtschaft ist und daß es gerade die sogenannten „Besserverdienenden“ sind, die dazu erheblich beitragen. Schröpft man sie besonders, werden das Kapitalaufkommen und damit die Investitionen ebenfalls beeinträchtigt.